



Zukunft nachhaltig gestalten – ökologisch, sozial und gerecht

Konkrete Vorschläge vom Mouvement Ecologique für die Legislaturperiode 2009-2014

Es ist mittlerweile zur Tradition geworden, dass der Mouvement Ecologique im Vorfeld der Legislativwahlen konkrete Ideen und Vorschläge für die nächste Legislaturperiode veröffentlicht.

Dabei erlaubt die Erstellung dieser Vorschläge dem Mouvement Ecologique auch eine Positionsbestimmung: Was wurde in den verschiedenen Bereichen in den vergangenen Jahren erreicht, und was nicht? Welche Forderungen sind nach wie vor besonders zentral? Wo haben Entwicklungen stattgefunden, welche neuen Initiativen / Ideen gilt es hervorzuheben? Welche Akzente sollten in den kommenden Jahren gesetzt werden? In zahlreichen Sitzungen, Mitgliederforen usw. entwickeln sich so - auch mit etwas Distanz zum Alltagsgeschehen - die Ideen innerhalb des Mouvement Ecologique weiter.

Die Erstellung der Vorschläge erfolgt natürlich in der Hoffnung, dass eine Vielzahl der Anregungen von Parteien und Politikern aufgegriffen werden und u.a. auch Eingang in das nächste Koalitionsabkommen finden ... und vor allem auch umgesetzt werden. Wohl wurden in der Vergangenheit positiverweise so manche Ideen des Mouvement Ecologique in Regierungsdokumenten sowie im Koalitionsabkommen berücksichtigt. Es ist jedoch geradezu bestürzend, wie wenig die Regierung sowie die politischen Parteien ihre eigenen Absichtserklärungen respektieren. Fakt ist, dass es eine erhebliche Kluft zwischen den Vorgaben diverser Regierungsdokumente und ihrer realen Umsetzung gibt ... was recht frustrierend ist.

Nichtsdestotrotz bleibt ein Mouvement Ecologique der Überzeugung, dass konsequentes Engagement Früchte trägt. Wobei mehr denn je ersichtlich wird: wir brauchen eine grundlegende Kursänderung in unserer Gesellschaft, mit hier und da einer punktuellen Maßnahme werden wir das Ziel einer "nachhaltigen Gesellschaft" nicht erreichen können. Insofern hofft der Mouvement Ecologique mit dem vorliegenden Dokument einen Fundus an Anregungen und Konzepten darzulegen, der einen konkreten Beitrag zur nachhaltigen Zukunftsgestaltung leisten kann.

Das 128 seitige Dokument umfasst dann auch die zentralen Themenfelder, in denen der Mouvement Ecologique aktiv ist: Nachhaltige Entwicklung – EU-Politik – Demokratie – Bildung – Landesplanung – Wohnungsbau – Gemeindepolitik – Denkmalschutz – Natur- und Landschaftsschutz – Mobilität – Energie- und Klimaschutz – Wirtschaft – Landwirtschaft – Umweltschutz – Wasserwirtschaft – Gesundheitspolitik.

Geboren wurden die Vorschläge aus der Kraft zahlreicher BürgerInnen einer Organisation, die sich für eine Politik einsetzt, in welcher Inhalte, Argumente, Auseinandersetzungen über Ausrichtungen, Konzepte und Visionen im Vordergrund stehen: dies im Interesse der heutigen sowie der kommenden Generationen.

Die Broschüre kann durch Überweisen von 5 Euro auf das CCPLLULL: LU16 1111 0392 1729 0000, BCEELULL: LU20 0019 1300 1122 40000 bestellt werden, oder auf der Internetseite des Mouvement Ecologique www.oeko.lu eingesehen werden. Eine Zusammenfassung wird ebenfalls in französisch verfügbar sein.

Letzebuerg um Wee an eng nohalteg Gesellschaft ...

Grundsätzliche Frage ist: entwickelt sich unsere Gesellschaft im Sinne eines "zukunftsfähigen Luxemburgs"? Tatsache ist: Wir erreichen die Ziele des von der Regierung selbst erstellten nationalen Planes für eine nachhaltige Entwicklung in vielerlei Hinsicht derzeit nicht, u.a. was den Erhalt der Biodiversität, die Reduktion des Bodenverbrauchs, den Anteil des öffentlichen Verkehrs und viele andere Nachhaltigkeitsindikatoren anbelangt.

Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise müsste ein deutliches Signal sein, den vermeintlichen Nutzen von kurzfristigen profitorientierten Strategien kritisch zu hinterfragen und eine ehrliche Analyse über die langfristige „Nachhaltigkeit“ unseres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells zu führen. So stehen besonders die sogenannten Industriestaaten vor sehr zentralen Fragen: Erachten wir ein stetig steigendes materielles Wachstum tatsächlich als sinnvoll und machbar in einer Welt mit begrenzten Ressourcen? Denken wir wirklich, dass Wachstum ein Garant für den Erhalt bzw. den Ausbau von Arbeitsplätzen ist? Bedeutet Wohlstand "immer mehr haben", oder müssten nicht verstärkt andere gesellschaftspolitische Ziele in den Vordergrund treten, wie die Sicherung elementarer Bedürfnisse (auch im sozialen Bereich), ein attraktives Lebensumfeld, soziale Gerechtigkeit u.a.m.?

Wie wollen und können wir morgen wohnen? Wie soll die Mobilität von morgen aussehen? Wie werden wir uns in Zukunft ernähren? Wie soll unser Wirtschaftsmodell aussehen? Welche Arbeitsplätze wollen wir schaffen, sichern und ausbauen?

Letztlich stellt sich auch die Frage, wie wir „**Gutt liewen zu Lëtzebuerg**“ definieren möchten: Mittels einer konstanten Steigerung des Bruttosozialproduktes? Ist dies wirklich ein erstrebenswertes Ziel? Ist der zunehmende „Konsum“ wirklich mit mehr „Lebensqualität“ verbunden? Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sollte die Frage offen gestellt werden, ob für breite Teile der Bevölkerung die Frage nach „gutem Leben“ nicht wichtiger sein müsste, als ein zunehmendes Anhäufen von immer mehr materiellen Gütern. Und ob statt einer Zunahme des Reichtums in bestimmten Bevölkerungsschichten nicht vielmehr die Frage der sozialen Gerechtigkeit in den Vordergrund rücken sollte.

Eine ehrliche Auseinandersetzung mit derart fundamentalen Fragestellungen unserer Gesellschaft ist auch im Hinblick auf ein nachhaltiges Modell Luxemburg von zentraler Bedeutung und sollte sich wie ein Faden durch die Wahldebatten, das neue Koalitionsabkommen und die nächste Legislaturperiode ziehen.

Dabei sollten auch neue innovative Wege begangen werden. Denn wer die politische Debatte verfolgt gewinnt öfters den Eindruck, als wollten wir allzu oft festgefahrene Wege nicht verlassen, würden an linearen Denkschemata festhalten und wären höchstens bereit, diese und jene punktuelle

Kurskorrektur anzubringen. Wir brauchen Mut, um neue Ideen zu entwickeln, uns für neue Prioritäten in der Gesellschaft zu öffnen und eine Art „Zivilisationswandel“ in die Wege zu leiten. Ein Beispiel mag den Paradigmenwechsel stellvertretend für andere illustrieren: die Mobilität. Es gilt eine reelle **Trendwende in der Mobilität** sicherzustellen. Statt hie und da einer einzelnen neuen Buslinie, diverser Kreisverkehre und Unterführungen um die Situation zu entkrampfen u.a.m., benötigen wir eine fundamentale Umorientierung in der Konzeption der Mobilitätspolitik. Eine völlig andere Denkweise bedeutet auch: Bus, Radfahrer und Fußgänger sollen das Stadt- und Dorfbild der Zukunft prägen, öffentlicher Transport sollte als selbstverständliches Fortbewegungsmittel zum Arbeitsplatz gelten, autofreie Siedlungen Standard werden u.a.m. Es handelt es sich hier, wie in vielen anderen Bereichen, nicht in erster Linie um ein technisches Problem, sondern um ein grundsätzliches Umdenken, sowohl was die Rahmenbedingungen wie auch das individuelle Verhalten ... und die Vorstellungen in unseren Köpfen anbelangt. **Es reicht nicht mehr aus, Dinge „etwas besser“ zu machen, wir müssen sie zum Teil grundsätzlich verändern.**

Somit können auch neue u.a. wirtschaftlichen Chancen genutzt werden, die derzeit (noch) nicht in genügendem Ausmaß erkannt und wirksam aufgegriffen werden. Fakt ist, dass derzeit derartige Chancen, die auf der Hand liegen und eine **Win-win-Situation** darstellen, nicht in genügendem Ausmaß aufgegriffen werden. Wir brauchen neue innovative Akzente, die den Strukturwandel - der eh kommen wird und muss - beschleunigen. Der Wirtschaftsstandort unterliegt riesigen Herausforderungen - die von der Globalisierung bis hin zur Einhaltung unserer Verpflichtungen im Bereich des Klimaschutzes reichen und somit einem unumgänglichen Wandel. In der Legislaturperiode 2009-2014 gilt es tradierte Wege zu verlassen und neue Denkweisen zuzulassen und zu fördern.

Luxemburg hat die Fähigkeiten, die Ressourcen für einen gesellschaftlichen Wandel. Hierzu benötigen wir jedoch die Bereitschaft unser Wissen zu nutzen, um es in konkretes Handeln umzusetzen.

Ein Dreiklang ist notwendig: Besser - anders - weniger, oder aber anders formuliert: erforderlich ist ein Dreiklang von Dematerialisierung (Effizienz, weniger Ressourcen verbrauchen), Naturverträglichkeit (Konsistenz) und Selbstbegrenzung (Suffizienz).

Der notwendige Zivilisationswandel im Sinne der nachhaltigen Entwicklung erfordert:

- eine grundsätzliche Debatte darüber, wie die Gesellschaft von morgen angesichts der Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung aussehen kann;
- die Bereitschaft, sich neuen Entwicklungen zu öffnen und Chancen aufzugreifen, Risiken durch bewusstes Herangehen zu minimieren;
- gesellschaftliche Übereinkünfte über diese Zukunftsgestaltung, auch kultureller Natur;
- die erforderlichen Rahmenbedingungen und Strukturen;
- die Bereitschaft neue Wege zu gehen und neuen Lebensvorstellungen Raum zu geben;
- prioritär Investitionen in Menschen;
- lebenslanges Lernen;
- und nicht zuletzt klarere Vorstellungen, wie wir „gutes Leben“ definieren wollen.

“Es hat sich ein Gezeitenwechsel vollzogen. Auf den Kommandohöhen von Politik und Wirtschaft sind lange gehegte Gewissheiten ins Wanken gekommen. Vorbei sind die Zeiten neoliberaler Euphorie und auftrumpfender Globalisierung. (...)

Nachdem die kollektive Verdrängung vorüber ist, scheint aber nun kollektive Schizophrenie um sich zu greifen. Viele Anzeichen deuten darauf hin, dass eine zweideutige Zeit bevorsteht - ausgerüstet mit

Wissen, doch untüchtig zum Handeln. Einerseits ist die Gesellschaft zur Einsicht erwacht, dass das drohende Klimachaos eine Umkehr erfordert. (...) Andererseits jedoch geht vieles weiter seinen gewohnten Gang.“

Studie "Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt" (Fischer Taschenbuch Verlag)

14 Herausforderungen für die neue Legislaturperiode bis 2014

1. Einen gesellschaftlichen Dialog über wesentliche Zukunftsfragen in die Wege leiten

Luxemburg steht vor zahlreichen **grundsätzlichen gesellschaftlichen Herausforderungen**: von der Problematik, dass ein begrenztes Wachstum auf einem begrenzten Planeten mit begrenzten Ressourcen nicht möglich ist, der Frage der generellen Gestaltung des Wirtschaftsstandortes von morgen, den (sozialen und wirtschaftlichen) Veränderungen aufgrund der Klimaschutzmaßnahmen, der sozialen Kohärenz und Einbindung der ausländischen MitbürgerInnen bis hin zur Frage unseres Lebensstils in Zusammenhang mit den Erfordernissen globaler Gerechtigkeit sowie der nachhaltigen Entwicklung.

Die nächste Regierung sollte, u.a. im Rahmen eines Zukunftstisches, einen gesellschaftlichen **Dialog zu Grundsatzfragen der Zukunftsgestaltung** gewährleisten. Der Rahmen dieser Debatten um die gesellschaftspolitischen Orientierungen von morgen müsste die „nachhaltige Entwicklung“ stellen. Hierzu gehört, dass im Koalitionsabkommen eine **eindeutige Definition des Begriffs der nachhaltigen Entwicklung** verankert wird, so dass dieser nicht weiterhin äußerst widersprüchlich auch von politischen Kreisen (miß)braucht werden kann. Ebenso sollte sich deutlich zur **Umsetzung des Planes für eine nachhaltige Entwicklung** bekannt werden, indem dieser im Koalitionsabkommen als politischer Rahmen ausdrücklich festgehalten wird. Die **regelmäßige Veröffentlichung der Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung** sollte zudem eine Selbstverständlichkeit sein.

Vor allem aber sollte **jede Regierungsentscheidung** daraufhin untersucht werden, ob sie den **Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung** entspricht; dieser „Nachhaltigkeitscheck“ sollte verbindlich eingeführt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Begriff „Nachhaltigkeit“ von einem Schlagwort zur politischen Wirklichkeit wird. Dies gilt im übrigen auch für den Staatshaushalt.

2. Neue Regierung fit für nachhaltige Entwicklung machen

Eine Reform der heutigen Strukturen auf Regierungsebene ist erforderlich, um verstärkt Akzente im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung setzen zu können und eine Kohärenz der sektoriellen

Politikbereiche zu gewährleisten. Eine Reihe (zusammenhängender) Kompetenzen sind zu stark auf verschiedene Ministerien verteilt, Zukunftsherausforderungen (wie die nachhaltige Entwicklung) haben nicht den notwendigen Stellenwert. Folgende Neugliederungen sind nach Ansicht des Mouvement Ecologique notwendig:

- **Schaffung eines Zukunftsministeriums „Nachhaltige Entwicklung, Klima, Energie und Umwelt“** mit dem Ziel, der nachhaltigen Entwicklung den notwendigen Stellenwert einzuräumen sowie die Themen Klima / Energie in einem Ministerium zu bündeln.
- **Schaffung eines (Planungs-)Ministeriums für Landesplanung und Mobilität** um ebenfalls der Landesplanung als eigenständigem Ministerium den gebührenden Stellenwert zu geben sowie um alle zentralen Kompetenzen im Bereich Planung in einem Ministerium zusammenzuführen (die ausführende Bautenpolitik sowohl im Bereich öffentlicher Transport als auch im Bereich Straßenbau soll durch das Bautenministerium gewährleistet werden, jedoch nicht die eigentliche Planung).
- **Audit der Funktionsweise und Reorganisation des Innenministeriums** damit das Innenministerium in Zukunft ein besserer Ansprechpartner für BürgerInnen und Gemeinden darstellt, statt dass die Kontrollfunktion überwiegt.
- **Schaffung eines “Ministère de l’Intérieur, du logement, de l’urbanisme du développement communal”** damit alle Kompetenzen betreffend Gemeinde- und Stadtentwicklung schlagkräftiger in einem Ministerium gebündelt werden.
- **Reform der Landwirtschaftsministeriums: Schaffung einer Abteilung „Umwelt und Landwirtschaft“** um innerhalb des Landwirtschaftsministeriums ökologische Fragestellungen aufzuwerten.
- **Reform der Umweltverwaltung auf der Grundlage eines externen Audits im Sinne eines integrierten Umweltschutzes**, statt der derzeitigen Einteilung in einzelne Ressorts sowie im Hinblick auf pro-aktivere Initiativen gegenüber von Betrieben, Gemeinden und Haushalten.
- **Integration des Wasserwirtschaftsamtes in die Umweltverwaltung**, da derart eine effizientere Politik durchgeführt werden kann.
- **Reform der Forstverwaltung**, um somit u.a. den Naturschutzgedanken innerhalb der Verwaltung zu stärken.
- **Schaffung eines Ministeriums für Gesundheit, Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit**: Verbraucherschutz und Gesundheit gehören in eine Hand.
- **Schaffung einer Abteilung “Umwelt und Prävention” im Gesundheitsministerium**, so dass sowohl die Prävention als auch die Berücksichtigung der Umweltaspekte im Gesundheitsministerium verstärkt werden.

3. Demokratie und aktive Bürgerbeteiligung neu beleben

Nach wie vor sind auch viele BürgerInnen bereit sich gesellschaftspolitisch zu engagieren. Doch die Voraussetzungen für das Engagement sind heute andere als noch vor Jahren (z.B. wird eher eine „Mitarbeit“ als ein regelmäßiges Engagement angestrebt). Deshalb sollte die nächste Regierung ähnlich wie bereits in anderen Ländern untersuchen, wie das Engagement auf allen Ebenen gefördert werden kann. Ein gutes Instrument in diesem Sinne ist es einen **Aktionsplan „Förderung bürgerschaftliches Engagement – Engagement citoyen dans la société“** zu entwickeln. Dabei sollte zudem untersucht werden, ob nicht der **„congé associatif / congé politique“** unter Bestimmungen Voraussetzungen eingeführt werden könnte.

Dazu gehört aber auch, dass den BürgerInnen elementare Informationsrechte zugestanden werden. Entsprechend muss endlich die **„Aarhus-Konvention“**, die dem Einzelnen **verstärkte Informations- und Beteiligungsrechte** einräumt, nicht nur umgesetzt, sondern auch konkret mit Leben gefüllt werden. Dies geht nur, wenn in allen Verwaltungen / Ministerien eine Person für deren Umsetzung zuständig wird und auch Gemeinden, Dienststellen zufriedenstellend über Aarhus mittels Rundschreiben informiert werden.

Eine **verstärkte Ausbildung von Moderatoren für Bürgerbeteiligungsprozesse, Diskussionsveranstaltungen** sollte den aktuellen Mangel an qualifizierten Personen beheben: Bürgerbeteiligung muss über reine Informationsversammlungen hinaus gehen.

Am gesellschaftspolitischen Leben teilnehmende Erwachsene setzen aber auch eine entsprechende schulische Bildung (und Weiterbildung) voraus. Es gilt Kindern und Jugendlichen Kompetenzen und Einblick in gesellschaftliche Zusammenhänge zu vermitteln, globales und vernetztes Denken zu fördern ... weit über die klassische Umweltbildung hinaus. Deshalb sollte umgehend eine **Strategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“** erstellt werden. Bildung für nachhaltige Entwicklung und politische Bildung müssen in den **Lehrplänen und in der Schulentwicklung sowie im außerschulischen Bereich** (auch für Erwachsene) gewährleistet werden.

Es gilt aber auch neue Akzente auf EU-Ebene zu setzen. Eine stärkere Mitwirkung der Zivilgesellschaft könnte ein Garant dafür sein, dass der „bottom-up“ Ansatz der EU gestärkt wird. Gerade Nicht-Regierungsorganisationen könnten zu einem gesellschaftlichen Diskurs über europäische und globale Fragen entscheidend beitragen. Deshalb sollte im Umweltbereich **eine Konvention zwischen Staat und Nichtregierungsorganisationen** verwirklicht werden, die letztere befähigt, aktiver und professioneller auf **europäischer Ebene** zu arbeiten.

4. Zukunftsthemen „Soziales und Ökologie“ miteinander verknüpfen

Soziales und Ökologie sollten und können Hand in Hand gehen, allerdings müssten weitaus vermehrt konkrete Initiativen in diesem Sinne ergriffen werden. Tatsache ist, dass sich Umfragen zu Folge sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen z.T. weniger umweltbewusst verhalten, da ihnen schlichtweg u.a. auch die Finanzmittel fehlen (Stichwort Altbausanierung, Kauf energiesparender Haushaltsgeräte, die beim Einkauf etwas teurer sind). Zudem werden auch bei den generell durchgeführten Kampagnen ausländische Bevölkerungsgruppen nicht ausreichend angesprochen.

Darüberhinaus ist gewusst, dass mittel- bis langfristig Maßnahmen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung dazu führen können, dass vor allem neue Arbeitsplätze geschaffen bzw. bestehende erhalten werden können, in verschiedenen Branchen jedoch auch Probleme entstehen können (z.B.

im Automobilssektor). All jene Herausforderungen sollten bewusst aufgegriffen werden, Mittel zur Erreichung der Ziele gibt es ausreichend:

So sollten spezifische **Informationskampagnen für ausländische Bevölkerungsgruppen** gewährleistet werden. Für **sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sollte ein spezieller Aktionsplan** erstellt werden, um vermehrt ein nachhaltigkeitsbewusstes Verhalten zu ermöglichen. Dabei gilt es sich Instrumente zu überlegen wie ein Nullzinsdarlehen, eine Gratis-Energieberatung... Doch sollten Staat und Gemeinden auch ihre Verantwortung übernehmen, und verstärkt **Renovierungsarbeiten im Bereich des sozialen Wohnungsbau** auch nach Nachhaltigkeitskriterien durchführen.

Es gilt darüber hinaus die **Verlagerung von Arbeitsplätzen** in Folge von unausweichlichen Klimaschutz-Maßnahmen offensiv anzugehen, u.a. durch Weiterbildung, Umschulungsprogramme ... Dabei sollte sehr spezifisch die Situation der in Luxemburg ansässigen Betriebe untersucht werden.

Aber auch die Chancen im neuen Arbeitsmarkt sollten bewusst aufgegriffen werden, indem ein **Aktionsplan „green jobs“** vorangetrieben wird (d.h. welche Branchen können gezielt im Umweltbereich, sei es in der Produktion, in der Beratung, im Verkauf ... gefördert werden).

5. Wirtschaftspolitik: konjunkturelle Probleme angehen, aber auch langfristig denken

Seit fast Jahrzehnten wird darüber diskutiert, dass Luxemburg sich als Standort im Bereich „Umwelttechnologien“ profilieren sollte. Lange Zeit blieb es bei der theoretischen Absicht, und es ist positiv zu werten, dass (wenn auch spät) nunmehr erste Ideen für eine derartige Analyse seitens des Wirtschaftsministeriums vorgelegt wurden. Der Mouvement Ecologique tritt dafür ein, dass die **Analyse „Luxemburg als Standort für Umwelttechnologien“** mit aller Konsequenz fortgeführt wird und konkrete Umsetzungsschritte in der neuen Legislaturperiode erfolgen.

Darüber hinaus ist eine **grundsätzliche Debatte** notwendig, wie wir uns **einen Wirtschaftsstandort von morgen, der den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung gerecht wird**, vorstellen. Dies umso mehr als in Zukunft einer Reihe von „Nischen“, so u.a. dem Tanktourismus, aus vielfältigen Gründen - wie z.B. aufgrund von EU-Bestimmungen wegbrechen wird - und somit auch der Staatshaushalt betroffen sein wird.

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Wachstumsfrage: ein unbegrenztes Wirtschaftswachstum in einer Welt mit begrenzten Ressourcen ist nicht möglich. Insofern muss unbedingt die **Lissabon-Strategie und die Nachhaltigkeitsstrategie ein Ganzes** ergeben. In diesem Zusammenhang ist auch ein **Strategieplan „Energie- und Ressourceneffizienz“** notwendig, hier tat sich in Luxemburg bis dato recht wenig, dabei gibt es dort noch erhebliche Potenziale zur Optimierung von Produktionsprozessen und Produkten, die im Interesse aller sind und noch nicht ausreichend genutzt werden. Somit kann zumindest teilweise eine Entkoppelung von Wachstum und Energie- und Ressourceneffizienz gewährleistet werden.

Eine derartige Strategie würde eine sogenannte **„Win-Win-Win“-Situation** darstellen, mit Vorteilen für alle: Betriebe sparen Geld, die Wirtschaft wird gestärkt, die Umwelt geschont. Dies gilt auch für zahlreiche weitere Forderungen, die u.a. bereits im Kapitel „Soziales“ angeführt wurden. Z.B. auch in

der Studie „Green jobs“, die unbedingt vorangetrieben werden muss. Doch auch Initiativen wie die Altbausanierung, der Ausbau der Erneuerbaren Energien ... stärken den Standort und die Arbeitsplätze in Luxemburg.

Neben einer notwendigen industriellen Basis und einem wichtigen Dienstleistungssektor, stellen Handwerk und Handel das eigentliche Rückgrat unserer Wirtschaft dar. Wichtig ist eine **Vorreiterrolle des Staates** um regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern, dies u.a. mittels modellhafter Ausschreibungen um regionale, umweltschonende Produkte zu unterstützen. Doch auch **neuartige Dienstleistungsunternehmen im Umweltbereich** gilt es aufzubauen: wie z.B. Car-Sharing-Initiativen, Mitfahrzentralen, der Verleih statt der Verkauf von Produkten, der Ausbau von Reparaturzentren... Ebenso liegt erhebliches Ausbaupotenzial auf der Beratungsebene: systematische Betriebsberatung im Sinne des Umweltmanagements, Ausbau der Energieberatung, Energiespar-Contracting... sind Stichwörter in diesem Zusammenhang.

Der Mouvement Ecologique setzt sich aber auch weiterhin für eine **nachhaltige Steuerreform** ein. Derzeit wird die Arbeit sehr stark besteuert, die Umweltbelastung (durch Emissionen) sowie der Ressourcenverbrauch aber nach wie vor nicht in dem notwendigen Ausmaß. Hier muss endlich Kostenwahrheit hergestellt werden, damit Arbeit attraktiver und ein uneffizienter Umweltverbrauch weniger attraktiv wird. Zudem kann derart ein Beitrag zur Finanzierung des Sozialsystems geleistet werden, wobei die Steuerreform kostenneutral sein sollte. Diese „nachhaltige Steuerreform“ ist ein zentraler Grundpfeiler der nachhaltigen Entwicklung. Deshalb sollte von der Regierung umgehend - in engem Dialog mit allen Akteuren - eine Studie in Auftrag gegeben werden, wie eine nachhaltige Steuerreform für Luxemburg aussehen und umgesetzt werden könnte.

6.

Dank Klimaschutzgesetz und Programm „Energiesparen und Erneuerbare Energien“ hin zu einer zukunftsorientierten Energiepolitik

Klimaschutz ist eine Notwendigkeit, aus ökologischer, aber auch mittel- bis langfristiger ökonomischer Sicht. Trotzdem liegt so manches in Luxemburg im Argen, Luxemburg ist weit davon entfernt seine Klimaschutzziele bzw. generell eine Reduktion der Emissionen zu erreichen. Dies trotz des nationalen Aktionsplanes Klima, der zwar wichtige Instrumente beinhaltet, aber nur begrenzt umgesetzt wurde. Ein **neues Klimaschutzgesetz** soll in Zukunft gewährleisten, dass die Instrumente und Maßnahmen zum Klimaschutz auf allen Ebenen wirklich umgesetzt und konträre Entwicklungen / Entscheidungen zum Klimaschutz vermieden werden.

Nach dem Prinzip der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Möglichkeiten“ müssen die reichen Staaten mehr für den Klimaschutz tun als die Armen. Dieses in Europa und in der Welt anerkannte Prinzip sollte sich die zukünftige Regierung zum Leitbild machen. Konkret bedeutet dies, dass Luxemburg beim Klimaschutz zuhause handeln muss, anstatt sich einem wesentlichen Teil seiner Reduktionsverpflichtungen durch den Kauf von äußerst umstrittenen Verschmutzungsrechten (den „Clean Development Mechanismen“, kurz CDM) zu entziehen (deren Kosten auf zwischen 215 und 250 Millionen Euro für die Periode 2008–2012 geschätzt werden). Diese Gelder fehlen zudem für nationale Klimaschutzmaßnahmen. Der Mouvement Ecologique fordert für die Kyoto-Phase 2008–2012 ein **Moratorium für den Ankauf weiterer CDM-Rechte sowie den sofortigen Verkauf von Senkenrechten.**

Darüberhinaus gilt es sich der Tatsache zu stellen, dass in 30-50 Jahren die Öl- und Gasreserven aufgebraucht sein werden (übrigens auch die Uranreserven, die für Atomenergie notwendig sind). Insofern führt kein Weg am Energiesparen, der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien vorbei. Der Mouvement Ecologique erwartet in diesem Zusammenhang ein eindeutiges weiteres **Nein zur Atomkraft** seitens der politischen Parteien und der Regierung.

Die bestehende **staatliche Potenzialanalyse zu den erneuerbaren Energien** muss endlich mit Leben gefüllt und zu einer konkreten politischen Umsetzung führen: welche Hemmschwellen zum Ausbau der erneuerbaren Energien gibt es derzeit und wie können sie behoben werden? Dies bedeutet auch die Fortführung der Einspeisetarife und der geltenden Reglemente, des Ausbaus der Nutzung des Grünen Stroms bei öffentlichen Bauten, der Ausschöpfung der sinnvollen Nutzung von Biomasse (prioritär von „Abfällen“), dem systematischen Einbau von Solaranlagen auch beim Staat, der Erstellung eines sektoriellen Planes für Windkraft u.a.m.

Energiesparen und Energieeffizienz müssen zum Leitthema der Umwelt-, Wirtschafts- und Energiepolitik werden: durch die Förderung des Energie-Contractings, Auflagen im Rahmen von Betriebsgenehmigungen, spezifischen Förderprogrammen „Energiesparen und Energieeffizienz“, zielgruppenspezifischen Sensibilisierungsaktionen... Vor allem auch gilt es nicht nur finanzielle Unterstützungen zu gewährleisten, sondern eine regelrechte **Markteinführungsoffensive**, z.B. betreffend die energieeffiziente Renovierung von Altbauten, den Bau von Niedrig- und Passivhäusern...

Eine qualifizierte **Energie-Beratung** muss landesweit nahe am Bürger gewährleistet werden. Dies bedeutet u.a., dass keine Zentralisierung auf die staatliche Agentur („my energy“) erfolgen darf, sondern alle Akteure u.a. auch Gemeinden als Partner auf der Grundlage der Subsidiarität anerkannt werden.

Die **Wärmeschutzverordnung für Neubauten** sollte zudem regelmäßig dem Stand der Technik angepasst werden. Doch auch eine **Marketingoffensive für Niedrig- und Passivhäuser** ist erforderlich, damit diesen effektiv zum Durchbruch verholfen wird. Ebenso muss die EU-Direktive umgesetzt werden, die auch für **öffentliche und größere Neubauten strengere Grenzwerte** vorschreibt. Und nicht zuletzt: Ohne **Kontrolle** werden die besten Gesetze zum Teil nicht respektiert. Deshalb sollten stichartige Proben gewährleistet werden.

Unerlässlich ist zudem die **Rolle der Gemeinden** zu stärken: Der Klimaschutz sollte als Aufgabengebiet der Gemeinden im Gemeindegesetz verankert werden, Energiaspekte sollten explizit im Rahmen der Bautenplanung berücksichtigt werden können, Gemeinden sollten auch in gewissen Grenzen im Energiebereich als „Wirtschaftsakteure“ auftreten können, Nahwärmenetze gezielter gefördert werden.

Staat und Gemeinden sollen zudem eine **Vorreiterrolle** wahrnehmen, indem die eigenen Gebäude zügiger renoviert, strenge Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen festgelegt, die Nutzung erneuerbarer Energien optimiert, neue Bauten nur noch gemäß Niedrigenergie- und Passivhausstandard errichtet, gezielte Mobilitätskonzepte für staatliche und parastaatliche Strukturen erstellt, Ministerien und Verwaltungen mit spritsparenden Dienstwagen ausgestattet werden u.a.m.

7.

Für eine starke Landesplanung und eine Steuerung der Regionalentwicklung - im Interesse der Lebensqualität

Nur durch eine weitere politische Aufwertung der Landesplanung kann eine weitere Zersiedlung der Landschaft verhindert werden, Orte mit attraktiven Kernen entstehen, der öffentliche Transport an die Bedürfnisse der Menschen angepasst, Wohnen und Arbeiten wieder näher zusammengebracht werden u.a.m.

Der Wohnungsbaupakt (der landesplanerische Aspekte vernachlässigte), das Beispiel Wickringen oder die schleppende Ausarbeitung bestimmter sektorieller Pläne sind Beispiele für den großen Handlungsbedarf in Sachen Landesplanung. Sektorielles bzw. Kirchturmdenken steht derzeit leider vielfach noch immer im Vordergrund auf Kosten des Gemeinwohls.

Deshalb gilt es mit den geeigneten Mitteln der Landesplanung die notwendige Schlagkraft zu geben. Erforderlich ist vor allem die **schnelle und zügige Vorstellung, Debatte und Umsetzung aller sektoriellen Pläne**: geschützte Landschaften, Wohnungsbau, Aktivitätszonen und Transport. Diese müssen jedoch auch mit den Akteuren kontrovers diskutiert werden können.

Regionalplanung ist darüber hinaus nach wie vor ein absolutes Muss: Gemeinsam mit den Gemeinden sollten **Regionalpläne**, die sich - statt theoretischer Konvolute - an konkreten regionalen Bedürfnissen orientieren erstellt; **Kooperationsstrukturen** gebildet, ein **Regionalfonds** geschaffen und die **Finanzmittel stärker auf regionale Initiativen** fokussiert werden. In diesem Zusammenhang sei erneut hervor gehoben, dass eine **grundsätzliche Reform der Gemeindefinanzen** absolut notwendig ist. Kooperationsformen wie jene der **Naturparke**, aber auch im Rahmen von **„communautés urbaines“**, u.a. sollten weiterhin mit aller Konsequenz unterstützt werden.

Attraktive und authentische Ortschaften und Regionen entstehen aber auch über einen konsequenten Denkmalschutz. Damit dieser in Luxemburg von einer Feuerwehrrolle zu einer proaktiven Politik kommt, müsste vor allem die Ziele des Denkmalschutzes definiert, ein **„nationaler Aktionsplan Denkmalschutz“** beinhaltend auch ein Inventar entstehen. Dabei gilt es die Rolle der **Denkmalschutzbehörde** aufzuwerten sowie den Stellenwert des Denkmalschutzes innerhalb des **Kulturministeriums**.

Die nächste Legislaturperiode muss zudem unter der Leitidee einer verstärkten Zusammenarbeit in der **Großregion** stehen, dies u.a. im wirtschaftlichen Bereich, jedoch auch was die Lösung der grenzüberschreitenden Mobilität wie auch der sozialen und kulturellen Zusammenarbeit anbelangt. Dies bedingt u.a. dass der Aspekt der Großregion in allen nationalen Planungen berücksichtigt werden muss (sektorielle Pläne, Regionalpläne).

Grenzüberschreitende Kooperationen - von Gemeinden aber auch von Nicht-Regierungsorganisationen - sollten seitens des Staates bewusst (auch finanziell) gefördert werden. So wäre es sinnvoll, u.a. mittels Konventionen mit Nicht-Regierungsorganisationen ein stärkeres Engagement auf grenzüberschreitender Ebene zu ermöglichen.

8.

„Fir eng méi menschengerecht Mobilitéit an der Zukunft“

Trotz einer Reihe von wichtigen Akzenten in der Mobilitätspolitik hat eine grundsätzliche Trendwende hin zum öffentlichen Transport noch nicht stattgefunden. Diese ist nur möglich, wenn ein Umdenken „in den Köpfen“ stattfindet und das Bild einer „anderen Mobilität“ die Oberhand gewinnt.

Die Mobilität muss in Zukunft dem Klimaschutzgedanken unterliegen, auch in diesem Bereich müssen die CO₂-Emissionen reduziert werden, in erster Linie durch einen höheren Modal-Split zugunsten des öffentlichen Transportes bzw. landesplanerischer Entscheidungen. Der Mouvement Ecologique setzt sich landesweit für ein modal split von **mindestens 30% zugunsten des öffentlichen Transportes** ein. Es gilt ein Moratorium **für den Bau größerer Straßenbauprojekte** auszusprechen und in aller **Konsequenz zentrale Projekte im Bereich öffentlicher Transport prioritär umzusetzen** und die entsprechenden finanziellen Mittel und menschlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Hierzu gehören: Ausbau der Eisenbahnstrecke Bettemburg-Luxemburg; die moderne Stadtbahn sowie Peripherbahnhöfe Howald, Cessingen; Bau des „train-tram“ im Süden des Landes; Umbau des Bahnhofes Luxemburg sowie eine eventuelle Ausweitung der modernen Stadtbahn auf zusätzlichen Trassen

Zudem gilt es einen **Aktionsplan „grenzüberschreitende Mobilität“** zu erstellen und die **Finanzierung von Infrastrukturprojekten in der Großregion** bzw. verbesserte internationale Verbindungen u.a. zum deutschen Raum zu gewährleisten (z.B. auch die Train-Tram-Linie im Raum Thionville-Metz). Denn nach wie vor wird die Thematik der Großregion bei weitem nicht ausreichend in die Mobilitäts- und Landesplanung einbezogen.

Doch nicht nur in der Großregion gilt es die Kooperation zu verbessern: auch die **regionale Zusammenarbeit** sollte vom Staat weitaus stärker unterstützt werden. Stichworte sind in diesem Zusammenhang: Interkommunale bzw. regionale Verkehrskonzepte, regionale / gemeindeübergreifende Verkehrskonferenzen zur Planung der Mobilität und der Werbung innerhalb einer Region.

Vor allem sollte die Mobilitätsplanung auch innerhalb der **kommunalen (Bauten)-politik** an Bedeutung gewinnen, sie sollte in neuen Bebauungsplänen Berücksichtigung finden, Gemeinden sollten bei der Einführung oder dem Ausbau eines gemeindeübergreifenden öffentlichen Transportes unterstützt und verstärkt in Sachen Werbung für den regionalen Transport eingebunden sein u.a.m. **Innovative Konzepte**, wie jene des „shared space“ - d.h. einer schilderfreien Begegnungszone - sollten gemeinsam mit den Gemeinden erörtert werden.

Daneben gilt es die **Rechte der Fahrgäste** zu erhöhen, indem sie einerseits verstärkt mittels Fahrgastbeirat, Umfragen u.ä. in die Mobilitätspolitik einbezogen werden und andererseits auch vermehrt formale Rechte erhalten (z.B. Entschädigungen im Falle von erheblichen Verspätungen u.am.).

Darüber hinaus ist eine **systematische Stärkung des Verkehrsverbundes und der Mobilitätszentrale** ein absolutes Muss, damit diese noch weitaus dynamischere Akteure werden als bisher, und z.B. die Umsetzung von Mobilitätskonzepten für Betriebe u.a.m. vorantreiben können. Auch deren Verankerung in der Großregion ist unerlässlich.

Generell gilt es nur alle möglich denkbaren Maßnahmen zu treffen, um den **Umweltverbund** (Zug, Bus, Radfahrer, Fußgänger) zu unterstützen. Deshalb muss umgehend der vom Transportministerium erstellte „Strategieplan zur sanften Mobilität“, der eine Fülle von Instrumenten enthält, umgesetzt werden.

Es bedarf zudem eines gezielten Konzeptes zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene,
ein weiterer konsequenter Ausbau der Flugbewegungen auf dem Flughafen ist grundsätzlich
abzulehnen.

9.

Neue Wege zu Flächen sparenden, sozialen und attraktiven Wohnformen wagen

Land wird knapper und teurer; dabei gilt es aber einerseits ausreichenden, sozial erschwinglichen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und andererseits zudem die Zersiedlung der Landschaft und den Landverbrauch zu mindern.

Der Mouvement Ecologique tritt ein für eine **Grundsatzdebatte: Welche Grundkonzeption der Wohnungsbaupolitik streben wir an?** Eine offene Diskussion über Prioritäten und die grundsätzliche Ausrichtung der Wohnungsbaupolitik ist notwendig. Fragen sind u.a.: Ist es Rolle des Staates die derzeitigen Wohnansprüche generell zu befriedigen, oder eher prioritär strategische Ziele zu verfolgen, wie z.B. Flächen sparend zu bauen, prioritär Mittel für sozial Schwächere zur Verfügung zu stellen ... Ist eine Minderung des Flächenverbrauchs tatsächlich ein politisches Ziel? Was bedeutet Flächen sparendes Bauen konkret? Was sind Instrumente der öffentlichen Hand, um dieses Ziel zu erreichen? Dabei gilt es verstärkt die soziale Dimension zu berücksichtigen. Es sollte aber auch eine **Debatte über Wohnformen** geführt werden: Welche Wohnformen sind im ländlichen Raum, welche im städtischeren Umfeld zu fördern, anstrebenswert?

Darüber hinaus gilt es sehr gezielt **„neue Wohnformen“ mittels spezifischem Aktionsplan** zu promovieren. Dieser soll innovativere Modelle bewußt fördern: Wohnen im Alter, Wohnen ohne Autos, „modulares Wohnen“ (d.h. Wohnen, das sich mit den Ansprüchen der Bewohner entwickelt ...) aber auch das Flächen sparende Bauen begreifen (Durchführung von Pilotprojekten, Sensibilisierungskampagnen ...).

Gemeinden sollte zudem ein **„Nullzins“** bei Kreditaufnahmen seitens des Staates zugestanden werden, damit sie verstärkt auf dem Wohnungsbaumarkt aktiv werden können.

Im Interesse der Valorisierung der Landesplanung, gilt es aber auch den Wohnungsbaupakt, und vor allem die finanzielle Förderung von Gemeinden, stärker an die **Kriterien der Landesplanung** zu binden (Gemeinden, die sich gemäß den Vorgaben der Direktiven der Landesplanung nicht stärker entwickeln sollen, dürfen im übrigen keine finanziellen Nachteile haben).

Generell sollte die Wohnungsbauförderung überdacht und **Maßnahmenpläne für eine verstärkte Unterstützung sozial benachteiligter Personengruppen im Wohnungsbau bzw. im Bereich der Mietwohnungen** entwickelt werden.

Nachhaltige Entwicklung beinhaltet auch eine soziale Dimension. Insofern unterstützt der Mouvement Ecologique alle Maßnahmen, die auch Personen mit geringerem Einkommen ein Recht auf adäquaten Wohnraum einräumen. Die Wohnungsbauförderung sollte gezielter und stärker als in der Vergangenheit auf sozial Schwächere ausgerichtet werden.

10.

Im Dialog mit dem Bürger: Informationskampagne „nachhaltige Entwicklung“ und Konsum starten

Wohl spricht jeder von der nachhaltigen Entwicklung, doch wie sehr die Umsetzung dieses Konzeptes unseren Alltag beeinflussen wird, ist wohl den wenigsten bewusst. So sind z.B. auch Fakten wie jene,

dass eine gänzliche Umgestaltung der Energieversorgung in den nächsten 50 Jahren erfolgen muss (die Gas- und Ölreserven werden dann größtenteils aufgebraucht sein) oder aber dass grundsätzlich der Ressourcenverbrauch bis zum Jahre 2050 um quasi 80% reduziert werden muss, nicht in dem Ausmaß bekannt. Auch was im sehr realen mehr Gerechtigkeit zwischen den Ländern des Nordens sowie des Südens betrifft, so besteht noch ein erheblicher Bedarf an Bewusstseinsbildung.

Deshalb ist eine regelrechte sogenannte „**Awareness-Kampagne zur nachhaltigen Entwicklung**“ sinnvoll. Dabei gälte es auch die kulturelle Dimension der nachhaltigen Entwicklung in den Vordergrund zu stellen, denn die Umgestaltung unseres Gesellschaftsmodells im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung setzt nicht nur technische Maßnahmen voraus, sondern greift viel tiefer in die kulturelle Identität unserer Gesellschaften ein. Im Rahmen der Informationskampagne sollte auch dargelegt werden, welche Schritte der Einzelne, Politik, Betriebe ... im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ergreifen können.

Ebenso wichtig ist aber auch ein „**Aktionsplan für nachhaltigen Konsum**“. Sowohl der Staat, Gemeinden, Betriebe wie Privatpersonen können durch ihr Konsumverhalten einen wesentlichen Beitrag in Richtung „nachhaltige Entwicklung“ leisten. Kauf regionaler Produkte (regionale Hölzer für Möbel), Verzicht auf problematische Stoffe (PVC) und Ersatz durch bessere, Bevorzugung von biologischen Lebensmittel u.a.m. sind Stichwörter in diesem Sinne. Ein regelrechter Aktionsplan (der alle Bevölkerungskreise anspricht) sollte gewährleisten, dass verstärkt alle Akteure ihre Verantwortung übernehmen,

11.

Die Landwirtschaft fit machen für eine nachhaltige Entwicklung

Die Landwirtschaft steht vor gigantischen Herausforderungen: diese reichen von der Problematik des konkurrenzierenden Weltmarktes bis hin zur Tatsache, dass sie weitgehender im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung verändert werden muss (betreffend Pestizideintrag, Energiebilanzen u.a.m.).

Der Mouvement Ecologique spricht sich deshalb für einen **nationalen Aktionsplan „Fortentwicklung der Luxemburger Landwirtschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung“** aus. Alle Akteure sollten daran beteiligt werden und er sollte mittel- bis langfristige Optionen der landwirtschaftlichen Strukturen in Luxemburg offen legen, die sowohl den Kriterien der nachhaltigen Entwicklung aus ökologischer als auch aus ökonomischer und sozialer Sicht gerecht werden. Parallel sollte aber auch eine **Analyse „Umweltqualitätsziele in der Landwirtschaft“** durchgeführt werden, in der offen die heutigen Probleme umfassend dargestellt und Lösungswege aufgezeigt werden.

Von Bedeutung ist für den Mouvement Ecologique ebenso, dass der **Aktionsplan Biolandbau** mit Leben gefüllt wird. Die Regierung sollte sich weitaus stärker als in der Vergangenheit zum Biolandbau bekennen, dies auch gezielter Landwirten und Konsumenten vermitteln. Traditionelle Landwirte sollten bewusst seitens der Regierung auf eine Umstellung auf den Biolandbau angesprochen werden, in öffentlichen Ausschreibungen (staatliche Kantinen, Krankenhäuser, „soins à domicile“...) sollte überwiegend auf Biolebensmittel zurückgegriffen werden.

Der Mouvement Ecologique setzt sich aber auch mit Konsequenz für **die Einführung von Mindest-Naturschutzkriterien betreffend die Landschaftspflegeprämie** sowie eine **„Landschaftspflegeprämie Plus“** ein. Denn die derzeitige Landschaftspflegeprämie ist nicht ausreichend an Naturschutzaspekte gekoppelt. Darüber hinaus gilt es Landwirte, die besondere

Anstrengungen machen, mittels einer besonderen Prämie (Landschaftspflegeprämie Plus) besonders zu unterstützen. Eine **Verstärkung der ASTA** zur besseren Abstimmung zwischen landwirtschaftlichen und natur- / und wasserschützerischen Interessen sollte gewährleistet werden. Im Interesse der Landwirtschaft sollte aber auch ein **nachvollziehbares Raster für Eingriffsregelungen** seitens des Naturschutzes erstellt werden. Agar-Umwelt und Biodiversitätsprogramme sollten im übrigen attraktiver gestaltet werden (schnellere Umsetzung der EU-Bestimmungen in Luxemburger Recht, schnellere Ausbezahlung der Landwirte).

Generell drängt sich eine **bessere Koordination der landwirtschaftlichen Beratung** auf.

Die **Diversifizierung der Landwirtschaft** sollte darüber hinaus ein wesentliches Zukunftsthema darstellen, u.a. durch die Förderung regionaler (biologischer) Produkte, die Bereitschaft Produktionsnischen verstärkt zu nutzen (z.B. im Bereich Obst, Gemüse, Geflügelfleisch ...)... Eine **Neuorganisation der landwirtschaftlichen Labels** - die in der heutigen Form für den Verbraucher nicht mehr transparent sind - drängt sich auf.

Es versteht sich von selbst, dass sich der Mouvement Ecologique weiterhin in aller Deutlichkeit **gegen die Nutzung der Gentechnologie im landwirtschaftlichen Bereich** ausspricht.

12.

Für eine lebenswerte Umwelt durch eine konsequente Vorbeugepolitik

In Luxemburg wäre eine weitaus dynamischere Politik auf der Ebene des Umweltschutzes unbedingt notwendig. Denn allzu sehr werden doch vor allem (und auch nicht immer zufriedenstellend) EU-Direktiven umgesetzt, als dass eine wirklich **aktive Politik** betrieben werden würde, die vor allem auch auf Prävention, Beratung, konkrete Aktionen usw. setzt.

Luxemburg sollte ein **Umweltgesetzbuch** verabschieden, das eine Harmonisierung der Gesetze erlaubt (sonder Zweifel ein wichtiger Schritt auch in Sachen „réforme administrative“). Denn derzeit ist die Umweltgesetzgebung auf zig Gesetze verteilt (die z.T. sogar mehrfach reformiert wurden und wo es nicht einmal einen „texte coordonné“ gibt), diverse Gesetzes greifen auch in fast nicht mehr durchschaubarer Weise in andere ein ...

Der Mouvement Ecologique tritt für die **Überarbeitung der heutigen Lärmgesetzgebung im Sinne des Vermeidungsprinzips** ein: Dabei gilt es die Grenzwerte den heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen anzupassen und deutlich herabzusetzen sowie Qualitätsziele festzulegen, die Lärmvermeidung in den Vermeidung in den Vordergrund zu stellen ... Die **Aktionspläne Lärmschutz** zum Lärmschutz müssen diesen Neuerungen angepasst, umgehend umgesetzt werden und dürfen nicht auf wenige Gebiete begrenzt sein (Autobahnen, Flughafen usw.). Über die Vorgaben der EU-Direktive hinaus sollte landesweit ein **Lärmminderungsplan** für zentral stärker vom Lärm betroffene Zonen erstellt werden. Dabei gilt es auch umzudenken: im Sinne einer präventiven Umwelt- und Gesundheitspolitik sollte es nicht nur Ziel der Politik sein, durch Massnahmen Grenzwerte zu unterschreiten, vielmehr sollte die Vorsorge, die Lärmminderung und –vermeidung im Vordergrund stehen.

Das gleiche gilt für die Luftqualität: es sollten endlich **weitgehende Luftreinhaltepläne** erstellt werden, die nicht nur greifen, wenn die zulässigen (hohen) Schadstoffbelastungen den Grenzwert überschreiten, sondern die generell eine gute Luftqualität gewährleisten.

Derzeit wird zudem an einer **Überarbeitung der 4 Abfallwirtschaftspläne** gearbeitet (Abfälle aus privaten Haushalten / Betrieben / Krankenhäusern sowie Bauschutt). Die neuen Pläne müssen u.a. mit strengen Vorgaben und klaren Instrumenten vor allem auch der Abfallvermeidung versehen werden und eindeutige Umsetzungsvorschriften und -zeiträume enthalten. Altlasten sollten in diesem Zusammenhang nicht weiterhin nur erfasst, sondern auch saniert werden.

Anstatt auch nachträglich zu bedauern, dass „guter“ Boden selten wird, sollte präventiv mittels eines **Bodenschutzgesetzes** sein Schutz gewährleistet werden. Innovative Konzepte, wie jenes der Vermeidung der immer stärker zunehmenden **Lichtverschmutzung**, sollten zudem angegangen werden.

Dabei ist eine effizientere Umsetzung der **Kommodo-Inkommodo-Gesetzgebung** (bessere Kontrolle u.a.m.) sowie aber auch eine **systematischere Beratung (und auch finanzielle Förderung) der Betriebe**, die im Umweltbereich aktiv werden wollen, unerlässlich.

Luxemburg hat zwar die Wasserrahmenrichtlinie in einem Gesetz umgesetzt, aber von dort bis zu konkreten Maßnahmen ist noch ein weiter Weg. Vor allem stellt sich der Mouvement Ecologique die Frage, mit welchen Ressourcen welche Akteure überhaupt die Umsetzung übernehmen sollen. Deshalb sollte ein regelrechter **Aktionsplan „Praktische Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie“** erstellt werden, in dem klare Zeithorizonte festgelegt, verantwortliche Akteure bestimmt werden. Zudem gilt es zur Finanzierung der Maßnahmen ein regelrechtes Finanzierungskonzept darzulegen.

In diesem Zusammenhang drängt sich ein **Audit des Wasserwirtschaftsamtes** auf (wobei der Mouvement Ecologique der Überzeugung bleibt, dass das Wasserwirtschaftsamt in die Umweltverwaltung integriert werden sollte). In seiner heutigen Struktur und derzeitigen Personaldecke wird es die anfallenden Arbeiten nicht bewältigen können. Dabei gelte es auch verstärkt Syndikate und Gemeinden als Partner einzubinden und **neue Kompetenzeinteilungen** zwischen den Akteuren festzulegen.

Zentral ist es die Umsetzung der **Trinkwasserschutzgebiete** voranzutreiben. Es ist fast unerträglich, dass seit Jahrzehnten an der Ausweisung dieser Gebiete gewerkelt wird, und immer noch nichts konkretes erfolgte. Es gilt - in enger Zusammenarbeit zwischen wasserwirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Akteuren - in kürzester Zeit die adäquaten Maßnahmen, Bewertungsmethoden und Entschädigungen zu definieren. Zur Erstellung dieser Regelwerke müssen die nötigen finanziellen Ressourcen bereitgestellt und klare Umsetzungsziele festgelegt werden. Dabei ist eine Verankerung des Gewässerschutzes in der „cross compliance“ unerlässlich (da dies Entschädigungen für Landwirte erlaubt).

13.

Biodiversität und Landschaften erhalten – ein Mehr auch an Lebensqualität

Was die Thematik des Naturschutzes betrifft, so sollte es prioritäres Ziel sein, **den Naturschutz auf der Fläche** zu gewährleisten. Vor allem Naturschutzsyndikate leisten diesbezüglich eine wertvolle Arbeit. Dort wo dies noch nicht der Fall ist, sollte der Staat Gemeinden dafür gewinnen, einem **regionalen Naturschutzsyndikat** beizutreten. Die Arbeit und Projekte dieser Syndikate sollten auch weiterhin privilegiert vom Staat finanziell unterstützt werden.

Der **nationale Plan für Naturschutz**, den der Mouvement Ecologique begrüßt, muss mit Leben gefüllt werden, u.a. indem die notwendigen finanziellen Mittel zur Umsetzung zur Verfügung gestellt werden. Von ebensolcher Bedeutung ist es aber auch, die konkrete **Ausweisung der Natura 2000-Gebiete** voranzutreiben, dies mittels großherzoglicher Reglemente. Dies ist die Prämisse dafür, dass sie ausreichend in die Bebauungspläne der Gemeinden aufgenommen werden können. Die Verabschiedung der Reglemente mit konkreten Schutzmaßnahmen sollte bis 2010 abgeschlossen sein. Gemeinden sollten zudem in diesen Prozess einbezogen werden. Der Naturschutz sollte aber auch im Rahmen der **kommunalen Planung** gestärkt werden: u.a. sollte der Staat gezielt die Idee der Durchgrünung der Städte unterstützen und die Ausweisung kommunaler Naturschutzgebiete sollte erleichtert werden (die derzeitige Praxis, dies mittels großherzoglichem Reglement zu tun, ist kontraproduktiv).

Es braucht auch klare Vorgaben betreffend die angestrebte **Kompensierungsregelung** bei Eingriffen in die Natur. Der Mouvement Ecologique tritt für eine Verankerung der Modalitäten im Naturschutzgesetz ein, wobei es strikte Regeln anzuwenden gilt (Vermeidungsgebot u.a.m.) Unerlässlich ist zudem ein **neues Flurordnungsgesetz**. Die heutige Praxis ist aus Naturschutzsicht nicht tragbar, bis zur Verabschiedung eines neuen Gesetzes sollte ein Moratorium ausgesprochen werden, das neue Gesetz sollte dann stärker Naturschutzkriterien und Demokratieaspekte berücksichtigen.

Die Frage der **Valorisierung von Holz** als Biomasse sollte zudem geklärt und grundsätzlich die veraltete Waldgesetzgebung reformiert werden. Nicht zuletzt: Die Reform des Jagdgesetzes ist unerlässlich und zwingend: falls denn diese Reform nicht mehr kurzfristig durchgeführt werden kann, sollte sie 2010 unbedingt gewährleistet werden.

Für **Genehmigungsprozeduren** gilt es ein allgemeingültiges, nachvollziehbares Bewertungsraster zu erstellen, das für die Bürger und Gemeinden einsehbar und für die Verwaltung bindend ist.

14.

Durch Gesundheitsvorsorge neue Wege in der Gesundheitspolitik

In der Gesundheitspolitik muss in Zukunft weitaus stärker als in der Vergangenheit der Akzent auf die **Gesundheitsvorsorge** gelegt werden. Es gilt nicht nur Krankheiten zu vermeiden, sondern die Gesundheit zu stärken. Hierzu sind alle Akteure gefordert.

Die **Gesundheitskassen** sollten (auch in der Logik der Namensänderung) weitaus stärker als Akteure der Gesundheitsvorsorge agieren. Dies bedeutet, dass sie zielgruppenspezifische Sensibilisierungsaktionen zur Gesundheitsvorsorge durchführen sollten, auch in zu klärendem Umfang gesundheitsfördernde Maßnahmen (Ernährungsberatung, therapeutische Leistungen...) honorieren sowie die systematische Weiterbildung der Ärzte unterstützen sollten.

Gesundheitsförderung bedeutet aber auch in den Gemeinden aktiv werden, notwendig wäre ein **„Aktionsplan Gesundheitsförderung und –prävention“**. Stichworte in diesem Zusammenhang sind: „gesundheitsfördernde Lebenswelten“ (d.h. die Schaffung von Lebensräumen die Bewegung ermöglichen u.a.m.), Empowerment von BürgerInnen (damit diese selbst aktiv werden, Kurse zur gesunden Ernährung organisieren u.a.m.), Präkarisierung vermeiden (d.h. spezifische Präventionsprogramme für verschiedene soziale Gruppen entwickeln), die Beratung auch dezentral ausbauen ...

Darüber hinaus gilt es einen **Maßnahmenplan „Umwelt und Gesundheit“** zu erstellen, in dem stärker als in der Vergangenheit der Zusammenhang von Umweltschutz / -belastungen und Gesundheit in Planungen thematisiert wird und sich das Gesundheitsministerium stärker in diese Fragestellungen einmischt. In der Konsequenz gilt es die **Umweltambulanz auszubauen**, da diese derzeit hoffnungslos überlastet ist. Auch die umfassendere **Rückerstattung umweltmedizinischer Diagnostik und Theraphieleistungen**, die **Schaffung eines Instituts für Präventionsforschung** bzw. für den Zusammenhang „Umwelt und Gesundheit“) sollten in diesem Zusammenhang geklärt werden.

Die **Rolle der öffentlichen Hand** sollte zudem durch eine gesundheits- und umweltschonende Beschaffung stärker in den Vordergrund gestellt werden: Stichwort sind Gesundheitsförderung in öffentlichen Institutionen sowie öffentliche Ausschreibungen nach umwelt- und gesundheitsbewußten Kriterien.

Und nicht zuletzt: es ist erwiesen, dass **alternative Medizinformen** durchaus hilfreich sein können. Die Frage, welche dieser Formen auch von den Krankenkassen rückerstattet wird, sollte endlich geklärt werden.